



44. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 28.02.2013, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Bericht über die Arbeit der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle
- 5 Darstellung der Umsetzung des Landesprogramms zur Weiterentwicklung der Sprachförderung - Modell der Landeshauptstadt Potsdam
- 6 Aufgaben des Kinderschutzkoordinators - Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2013
- 7 Vorstellung der Eckpunkte für die Erarbeitung einer "Konzeption zur Bereitstellung einer insoweit erfahrenen Fachkraft in Einrichtungen"
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 8.1 Elterngeld Fraktion DIE LINKE
13/SVV/0053
- 9 Haushalt 2013/2014
 - 9.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013 Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
13/SVV/0030

9.2	Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014 13/SVV/0043	Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
9.3	Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept) 13/SVV/0045	Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
10	Sonstiges	



Niederschrift

43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.01.2013
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:08 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Claus Wartenberg SPD
Herr Kevin Lücke FDP bis 18:20 Uhr
Frau Frauke Frehse-Sevran anerkannter freier Träger
Frau Heiderose Gerber anerkannter freier Träger
Herr Dirk Harder anerkannter freier Träger 16:35 Uhr bis 18:20 Uhr
Herr Dr. Lutz Henrich anerkannter freier Träger
Herr Thomas Liebe anerkannter freier Träger
Herr Frank Otto Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sven Weber CDU/ANW

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Maximilian Dalichow DIE LINKE ab 16:40 Uhr
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE bis 18:20 Uhr
Frau Helga Hübner anerkannter freier Träger

beratende Mitglieder

Frau Hella Drohla Migrantenbeirat
Frau Raina Maria Lau Humanistischer Verband
Herr Frank Lehmann Staatliches Schulamt
Herr Ronald Sima Kreiselternerat
Frau Karola Linke Gesundheitsamt

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka DIE LINKE entschuldigt
Frau Jana Schulze DIE LINKE entschuldigt
Frau Birgit Morgenroth SPD nicht entschuldigt
Frau Jutta Busch SPD entschuldigt
Herr Marcel Kankarowitsch anerkannter freier Träger entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Jochen Reinke Evangelische Kirche entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik Gleichstellungsbeauftragte entschuldigt

Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	entschuldigt
Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt

Gäste:

Herr Bodo Ströber	stellv. Ausschussmitglied
Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Frau Nadia Hübner	Autonomes Frauenzentrum
Herr Andreas von Essen	Stiftung SPI
Frau Cornelia Lunk	Stiftung SPI
Frau Anja Oestereich	Stiftung SPI
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Vorstellung des Projektes "Begleitung und sozialpädagogischen Unterstützung von Kindern mit Gewalterfahrung"
Autonomes Frauenzentrum
- 5 SPI-Sachstandsbericht "clubmitte" gemäß Beschluss 12/SVV/0006
- 6 Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses in die Koordinierungsgruppe "Sozialarbeit an Schulen" (gemäß Beschluss vom 13.12.2013)
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen und Kitas in der LH Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0843
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7.2 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- Wiedervorlage vom 29.11.2012 -
- 7.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche
Vorlage: 12/SVV/0759
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 2: Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten
Vorlage: 12/SVV/0760
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 3: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 12/SVV/0761
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 7.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 4: Stromsparen durch Umrüsten auf LED
Vorlage: 12/SVV/0762
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 5: Erhöhung der Hundesteuer
Vorlage: 12/SVV/0763
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 6: Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen
Vorlage: 12/SVV/0764
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 7: Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung
Vorlage: 12/SVV/0765
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 8: Krippen- und Kita-Gebühren senken
Vorlage: 12/SVV/0766
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 9: Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren
Vorlage: 12/SVV/0767
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 10: Hundekot: Beseitigung stärker einfordern, Unterlassung sanktionieren
Vorlage: 12/SVV/0768
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 11: Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (unentgeltlich, ticketfrei)
Vorlage: 12/SVV/0769
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 12: Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen fördern
Vorlage: 12/SVV/0770
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 13: Herstellung der barrierefreien Innenstadt
Vorlage: 12/SVV/0771
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 14: Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft
Vorlage: 12/SVV/0772
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 15: Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)
Vorlage: 12/SVV/0773
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 16: Babelsberg und im Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten
Vorlage: 12/SVV/0774
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 7.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17: Freibad für Potsdams Norden
Vorlage: 12/SVV/0775
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19: Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche)
Vorlage: 12/SVV/0777
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20: Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen
Vorlage: 12/SVV/0778
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 13.12.2012

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss, wie bereits in dem Anschreiben vorgeschlagen, inhaltlich lediglich mit den Anträgen **12/SVV/0764** „Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen

und Bürger' - Nummer 6: Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen“ (TOP 7.8) und **12/SVV/0766** „Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 8: Krippen- und Kita-Gebühren senken“ (TOP 7.10) befasst. Alle anderen Bürgerhaushaltsanträge sollten lediglich zur Kenntnis genommen werden.

Da sich gegen den Vorschlag kein Widerspruch erhebt, bittet Frau Dr. Müller um Abstimmung über die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Besetzung Fachbereichsleiter 35

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass das Ausschreibungsverfahren für die Stelle der Leitung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie aufgehoben wurde, da es bisher keinen geeigneten Bewerber / keine geeignete Bewerberin gegeben hat, der/die die Ausschreibungsprofile erfüllt hat. Jetzt wird die Suche mit Hilfe eines Head Hunters gestartet.

Herr Otto fragt nach der Zeitleiste.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass dies so schnell wie möglich erfolgen soll. Im nächsten halben Jahr scheint die Besetzung der Stelle aus ihrer Sicht aber unrealistisch.

Umsetzung Inklusion in Horten

Herr Lentz weist darauf hin, dass in der Landeshauptstadt Potsdam mit Beginn des Schuljahres 2012/2013 ein Landes-Pilot-Projekt mit Zustimmung des Schulträgers „Auf dem Weg zu einer Schule für alle“ umgesetzt wird. Um die Ziele zu erreichen, werden die Schulen durch das Land personell unterstützt.

Für die Kindertagesbetreuung in den dazugehörigen Horten ist dies ebenfalls eine neue und hohe Anforderung an die Arbeit der Fachkräfte. Dieser in den Horten erforderliche höhere Betreuungsaufwand fand durch den Gesetzgeber keine Berücksichtigung.

Da bislang für den Hortbereich eine Landesregelung fehlt, hat sich die Beigeordnete Frau Müller-Preinesberger an das Bildungsministerium gewandt und eine Klärung für dieses offensichtliche Defizit eingefordert.

Da es bisher an einer Landesregelung fehlt, befinden wir uns im freiwilligen Leistungsbereich, wenn wir zum Wohle der Kinder in diesen Horten die Personalausstattung erhöhen würden. Gleichzeitig würde die LHP damit Landespflichten übernehmen. .

Bei einer Umsetzung der erhöhten Personalausstattung, wie sie gemäß Rundschreiben 10/12 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 19.07.2012 für die Pilotschulen festgesetzt wurde, ergäbe sich für die betreffenden 9 Horte insgesamt folgende zusätzliche Personalausstattung

für das HH 2013 : ca. 8,8 VBE in Höhe von ca. 327 T€ und

für das HH 2014: ca. 9,0 VBE in Höhe von ca. 335 T€.

Diese zusätzlichen Mittel sind im Haushalt nicht eingeplant.

Dem FB Kinder, Jugend und Familie liegen bereits Anträge von Trägern auf eine erhöhte Personalausstattung vor.

Zur Sicherung des bestehenden erhöhten Betreuungsaufwandes in den Horten der betreffenden Pilotschulen, wird der FB Kinder, Jugend und Familie bis zur Vorlage entsprechender Landesregelungen die bisherige Praxis der Einzelfallförderung auf Antrag der Eltern und der Träger fortsetzen, um auch den behinderten/benachteiligten Kindern in diesen Pilotschulen sowie an anderen Regelschulen die Betreuung in unseren Horten und somit die Erfüllung des Rechtsanspruchs zu ermöglichen.

Herr Dr. Henrich fragt, um welche Schulen es sich handelt.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, die Auflistung über die Pilotschulen und die dazugehörigen Horte an alle Ausschussmitglieder per E-Mail über Frau Spyra versenden zu lassen.

Wahl der Jugendschöffen

Herr Lenz informiert, dass zum 01.01.2014 für das Landgericht und das Amtsgericht insgesamt 29 Jugendschöffen benötigt werden. Das bedeutet, dass durch den Jugendhilfeausschuss 58 Personen benannt werden müssen. Die entsprechenden Veröffentlichungen und Aufrufe werden durch die LHP in Kürze auch über die Presse erfolgen. Er bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um Unterstützung, indem geeignete Personen angesprochen werden. Voraussichtlich soll die Beschlussvorlage zur Nominierung der Jugendschöffen im Mai 2013 dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden.

Hinweis auf Nachfrage im Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Herr Lenz verweist auf eine Nachfrage von Herrn Mathias Lack (sachkundiger Einwohner für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Gesundheit und Soziales) zum Wegfall des Kriterium „Gemeinnützigkeit“ bei der Auswahl freier Träger - hier: Flexible Hilfen § 27(2) SGB VIII.

Die Verwaltung des Jugendamtes hat im Ergebnis von Feststellungen in Kontrollberichten, Form und Inhalt der derzeitigen Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen mit freien Trägern über die Durchführung flexibler Hilfen nach § 27(2) SGB VIII sowie die Praxis der Auswahl und Beauftragung der freien Träger überprüft und im Zusammenwirken mit den freien Trägern überarbeitet.

Zurzeit befinden wir uns in der abschließenden Bearbeitung der Vertragsvorbereitungen.

Mit der Zielstellung einer qualifizierteren Beschreibung der Leistungsanforderungen an die freien Träger für die Leistung „Hilfen nach § 27 (2) SGB VIII“ erfolgte eine Formulierung unserer Anforderungen in Form einer Matrix, wie sie bei den Ausschreibungsverfahren angewendet wird.

Gemäß unserer bisherigen Schwerpunkte gehörte dazu u.a. auch das Kriterium der Gemeinnützigkeit.

Auf Anraten des Rechtsamtes wurde dieses Kriterium in der Endbearbeitung aus folgendem Grund gestrichen:

- Gemäß § 17 (1) des Brandenburgischen Landesausführungsgesetzes zum KJHG vom 12.07.2007 (GVBl. IS.118) sind gewerbliche Träger den freien Trägern der Jugendhilfe gleichzustellen. Ausgehend davon ist Gemeinnützigkeit kein Auswahlkriterium im Auswahlverfahren mehr.
- Im Kommentar von Wiesner zu § 78 b abs. 2, Rn.20 wird festgestellt:“ Die Vorschrift verpflichtet zum Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung geeignet sind.....Träger im Sinne dieses Absatzes ist jeder Träger einer Ein-

richtung, unabhängig davon, ob er Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder Träger der freien Jugendhilfe ist und ob er privatgewerblich oder gemeinnützig tätig ist.“

Durch diese Entscheidung sind keine Nachteile für Träger verbunden, die gemeinnützig tätig sind.

Anzumerken ist, dass die Abkürzung gGmbH für ein gemeinnützig tätiges Unternehmen keine zulässige Angabe der Gesellschaftsform darstellt und auch nicht ins Handelsregister eingetragen wird.

Obwohl der Zusatz gGmbH weit verbreitet ist bedarf es zum Nachweis der Gemeinnützigkeit immer der Vorlage eines entsprechenden Freistellungsantrages des Finanzamtes.

Herr Otto äußert die Bitte, dieses Thema im Unterausschuss Jugendhilfeplanung ausführlich zu diskutieren.

Herr Liebe sagt zu, dies im Unterausschuss zu thematisieren.

Neue Materialien

Herr Lentz weist darauf hin, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses kürzlich per E-Mail der Flyer des Landesprogramms zur Weiterentwicklung der Sprachförderung, Modell der Landeshauptstadt Potsdam sowie die Broschüre GOrBiKS-Implementierung in der LHP zugesandt wurden. Beide Exemplare liegen im Original bei Frau Spyra vor.

zu 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG Stationäre Hilfen

Herr Ströber berichtet, dass sich die AG Stationäre Hilfen am 14.12.2012 mit Anforderungen aus dem neuen Bundeskinderschutzgesetz befasst hat.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe berichtet aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung vom 08.01.2013.

In Auswertung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 13.12.2012 hat sich der Unterausschuss mit der Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bornstedter Feld befasst und empfiehlt, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld in die Prüfung der Übergangslösung für den Jugendklub auch Fachleute der Jugendhilfe einbezieht.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss über den Fachtag zur Kinder- und Jugendpartizipation verständigt, der voraussichtlich Ende Mai 2013 durchgeführt werden soll.

Es ist auch angedacht, weitere Veranstaltungen zu diesem Thema folgen zu lassen.

Für die Begleitung des Prozesses „Sozialarbeit an Schulen“ müssen die zusätzlich benötigten Mittel für die beschlossene externe Begleitung durch den Jugendhilfeausschuss als haushaltsbegleitender Beschluss für den Haushalt des Jugendamtes angemeldet werden.

Regionale AG 3

Frau Hübner informiert, dass die Regionale AG 3 noch nicht wieder getagt hat, aber am Deutschen Präventionstag in Bielefeld teilnehmen wird.

AG Kita

Frau Frenkler teilt mit, dass die AG Kita erst am 14.02.2013 tagen wird.

zu 4 Vorstellung des Projektes "Begleitung und sozialpädagogischen Unterstützung von Kindern mit Gewalterfahrung" Autonomes Frauenzentrum

Frau Gerber gibt eine kurze Einleitung.

Frau Nadia Hübner (Autonomes Frauenzentrum) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Arbeit im Frauenhaus vor und erklärt anhand von Fotos die Raumsituation.

Sie verweist auf die Vernetzung und Zusammenarbeit z.B. mit dem zuständigen Jugendamt, mit Kitas, Schulen, Ärzten, Psychologen, Therapeuten und anderen Beratungsstellen.

2009 wurden im Frauenhaus 37 Frauen und 30 Kinder betreut. 2012 waren es 39 Frauen und 40 Kinder.

Anschließend zeigt Frau Hübner die Altersstruktur der Kinder, die 2012 im Frauenhaus betreut wurden.

- 10 % - unter 1 Jahr
- 13 % - 1 bis 3 Jahre
- 37 % - 3 bis 6 Jahre
- 27 % - 6 bis 12 Jahre
- 13 % - über 12 Jahre.

Herr Dalichow fragt nach der Dauer des Aufenthalts in der Einrichtung.

Frau N. Hübner erklärt, dass diese sehr unterschiedlich ist. Wenn Frauen in Potsdam bleiben wollen und eine Wohnung suchen, beträgt die Verweildauer in der Einrichtung ca. 5 – 6 Monate.

Frau Gerber erinnert daran, dass für die sozialpädagogische Betreuung der Kinder lediglich 20 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen. Sie macht deutlich, dass der Träger sehr bemüht ist, die personelle Situation zu verbessern. Bisher beteiligt sich der Landkreis Potsdam-Mittelmark trotz großer Bemühungen hier nicht an der Finanzierung

Herr Lücke fragt, ob es auch Frauen gibt, die nach dem Auszug wieder zurückkommen.

Frau N. Hübner erklärt, dass eine Nachbetreuung durchgeführt wird, wenn dies gewünscht ist. Es gibt auch Frauen, die mehrere Anläufe brauchen.

Frau Drohla fragt nach Geduldeten und Asylbewerbern und nach der Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsunterkünften Am Nuthetal und Hegelallee.

Frau N. Hübner berichtet, dass Beratungen für Migrantinnen in der Gemein-

schaftsunterkunft durchgeführt werden. Die größte Schwierigkeit für Asylbewerberinnen ist, dass sie die Stadt nicht verlassen können.

Mit der Einrichtung in der Hegelallee soll ein Gespräch geführt werden. Die Frauen der Einrichtung haben bereits an der internationalen Weihnachtsfeier des Frauenzentrums teilgenommen.

Herr Weber fragt, ob bezüglich der Kinderbetreuung auch eine Kooperation mit einem Kita-Träger angedacht wurde. Des Weiteren fragt er nach der Auslastung des Frauenhauses und ob ggf. auch die Aufnahme abgelehnt werden muss, da es mehr Anfragen als Plätze gibt.

Frau N. Hübner erklärt, dass auch Frauen mit mehreren Kindern weggewiesen werden mussten. Sie macht deutlich, dass die Bettenauslastung anders als die Zimmerauslastung ist. Die entsprechenden Zahlen werden nachgereicht.

Frau Gerber weist darauf hin, dass bundesweit sehr viele Frauenhäuser unterfinanziert sind. Sie dankt der LHP und insbesondere Frau Müller-Preinesberger für das schöne neue Haus.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass mit dem neuen Frauenhaus auch die Platzkapazität erweitert werden konnte. Für das neue Haus entstehen höhere Kosten. Der Landkreis Potsdam Mittelmark hat trotz mehrerer Gespräche die Finanzierung bisher nicht erhöht.

Sie macht auch deutlich, dass das Personal im Frauenhaus auf die besonders schwierige Situation der Kinder eingehen können muss. Dazu sind sehr spezielle Kenntnisse und eine hohe Qualifizierung erforderlich. Es muss gemeinsam überlegt werden, wie mit dem Anspruch an Kinderbetreuung im Frauenhaus umgegangen werden soll. Hier muss eine fachliche Auseinandersetzung erfolgen.

Frau Dr. Müller betont, dass der Jugendhilfeausschuss daran aktiv unterstützend mitwirken sollte. Es muss der reale Bedarf definiert werden, um dann die Ergebnisse für die Haushaltsdiskussion mitnehmen zu können. Sie bittet Frau Gerber diesbezüglich um fundierte Informationen.

zu 5 SPI-Sachstandsbericht "clubmitte" gemäß Beschluss 12/SVV/0006

Frau Lunk (Stiftung SPI) informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation über den aktuellen Sachstand. Sie weist darauf hin, dass Zielgruppe Jungen und Mädchen zwischen 9 und 21 Jahren aus den angrenzenden Stadtteilen und dem Umland sind.

Im Klub gibt es offene Angebote sowie Angebote im jugendkulturell- kreativen Bereich.

Frau Lunk stellt die Angebote und Kurse vor und geht dabei auch auf die Ferienangebote sowie die Angebote im Bereich Musik ein, die sehr gut angenommen werden.

Anschließend verweist sie auf die Kooperationen wie z.B. das Graffiti-Projekt mit der Oberlinschule, das Mittagsbandangebot in der Käthe-Kollwitz-Schule und das Graffiti-/Streetart-Projekt mit der Steuben-Gesamtschule im Rahmen des Bildungs- und Teilhabeprojektes.

Sie teilt mit, dass im Jahr 2012 insgesamt 28 Projekte initiiert und begleitet worden sind, wovon 15 im Klub umgesetzt wurden. Ca. 2.550 Jugendliche (Durchführende und Besucher) wurden so erreicht.

Im Klub gibt es einen kleinen Stamm fester Besucher, aber wenige Nutzer im öffentlichen Bereich.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Standort schwierig ist. Es muss aber auch beachtet werden, dass es eine Veränderung in den Lebenswelten (Ganztagschulen, Internetmobilität, Jugendschutzbestimmungen wie z. B. Raucherschutz) sowie eine große Palette an Freizeitangebote gibt.

Im Ergebnis dessen soll das Konzept überarbeitet werden. 2013 soll die Projektarbeit verstärkt ausgebaut werden. Es sollen aber auch Veränderungen der Öffnungszeiten, Einführung von virtuellen Treffpunktzeiten sowie der Ausbau der Kooperationen erfolgen.

Herr Otto lobt die vielen guten Ideen, sich den Bedingungen anzupassen. Er fragt, ob auch aufsuchende Arbeit durchgeführt wird.

Frau Lunk bejaht dies und verweist z.B. auf das Grillen auf dem Bassinplatz zusammen mit den Streetworkern. Sie macht aber auch deutlich, dass die Jugendliche sehr gezielt aussuchen, welche Angebote sie annehmen.

Herr Liebe lobt den Umgang mit der Situation. Die regionale AG 1 hat sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, die Sonderregelung zu treffen, „clubmitte“ in der Region 1 zu verorten. Für die Stadtmitte ist es sehr wichtig, dass sich dahin orientiert wird.

Herr Lücke spricht die Diskrepanz zwischen der Aussage, dass ein großer Bedarf besteht und den tatsächlichen Besucherzahlen an. Es sollte überlegt werden, wie dies effektiver gestaltet werden kann, um die Jugendlichen in der Innenstadt zu erreichen.

Herr Ströber verweist auf den sehr innovativen Neuanfang und regt an, die weitere Entwicklung abzuwarten, da im Umfeld des Klubs noch weiterer Wohnungsbau erfolgt.

Frau Lunk weist darauf hin, dass die Wahrnehmungen zu den Entwicklungen nur für diesen Standort sind. Der Bedarf in der Innenstadt ist vorhanden. Auch in den Neubaugebieten sind die Klubs voll.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn von Essen.

Der Erteilung des Rederechts wird von Seiten der Ausschussmitglieder zugestimmt.

Herr von Essen (Stiftung SPI) verweist auf die Projekte, die durchgeführt werden. Er bittet, nicht nur die eine Säule der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu betrachten. Die Arbeit besteht aus mehreren Säulen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf anstehende Fortschreibung des Jugendhilfeplanes. Es sollte auch betrachtet werden, welche Angebote durch die Jugendlichen angenommen werden. Es muss attraktive Angebote geben, die die Jugendlichen motivieren, diese anzunehmen. Hierzu sollte eine Abfrage unter den Jugendlichen durchgeführt werden.

zu 6 Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses in die Koordinierungsgruppe "Sozialarbeit an Schulen" (gemäß Beschluss vom 13.12.2013)

Frau Dr. Müller informiert, dass Herr Liebe den Beschluss des JHA zur Sozialarbeit an Schulen im Ausschuss für Bildung und Sport am 15.01.2013 eingebracht hat. Dieser wurde dort mehrheitlich unterstützt. Der Ausschuss für Bildung und Sport hat Herrn Wollenberg in die Koordinierungsgruppe „Sozialarbeit an Schulen“ gewählt.

Herr Liebe wurde vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung in die Koordinierungsgruppe gewählt.

Sie schlägt vor, die Vertreterin/den Vertreter des Jugendhilfeausschusses in der Koordinierungsgruppe in offener Abstimmung zu wählen und bittet um ein Votum dazu von Seiten der Jugendhilfeausschussmitglieder.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Frau Dr. Müller schlägt Herrn Ströber als Vertreter des Jugendhilfeausschusses für die Koordinierungsgruppe „Sozialarbeit an Schulen“ vor.

Da es keine weiteren Vorschläge gibt, bittet sie um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen und Kitas in der LH Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0843

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Müller verweist auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und fragt, wie damit umgegangen werden soll.

Herr Otto kann sich für die einbringende Fraktion vorstellen, den Änderungsantrag zu übernehmen.

Daraufhin schlägt Frau Dr. Müller vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Änderungsantrag befasst.

Herr Liebe befürwortet den Antrag.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass der Änderungsantrag auch von Seiten der Verwaltung befürwortet wird. Sie bittet, die Federführung im Fachbereich Schule und Sport zu belassen.

Frau Dr. Müller schlägt redaktionelle Ergänzung vor:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen **Maßnahmeplan zur Umsetzung der Inklusion in Potsdamer Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung** gemeinsam mit den beteiligten Entwicklern der Teilhabepläne **Barrierefreie Umwelt und Wohnen, Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Soziale Sicherheit und Teilhabe sowie Kultur, Freizeit und Sport einzubringen.***

Darin sollen die Teilschritte der Umsetzung, die erforderlichen Maßnahmen und geschätzten Kosten in Jahresscheiben benannt werden. Nach öffentlicher Diskussion in allen Gremien, mit allen Beteiligten, **einschließlich des Staatlichen Schulamtes** sowie in den Sozialräumen sollen die Ergebnisse spätestens im September 2013 vorgelegt werden.

Um eine Zusammenarbeit aller Geschäftsbereiche problemlos zu garantieren, sollte in jedem Geschäftsbereich ein_e Hauptverantwortliche_n für die Koordinierung ernannt werden und in die Diskussion mit eingebunden werden.

Federführend soll der Fachbereich Schule und Sport sein.

Herr Wartenberg übernimmt die Ergänzungen.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Maßnahmeplan zur Umsetzung der Inklusion in Potsdamer **Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung** gemeinsam mit den beteiligten Entwicklern der Teilhabepläne Barrierefreie Umwelt und Wohnen, Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Soziale Sicherheit und Teilhabe sowie Kultur, Freizeit und Sport einzubringen.

Darin sollen die Teilschritte der Umsetzung, die erforderlichen Maßnahmen und geschätzten Kosten in Jahresscheiben benannt werden. Nach öffentlicher Diskussion in allen Gremien, mit allen Beteiligten, **einschließlich des Staatlichen Schulamtes** sowie in den Sozialräumen sollen die Ergebnisse spätestens im September 2013 vorgelegt werden.

Um eine Zusammenarbeit aller Geschäftsbereiche problemlos zu garantieren, sollte in jedem Geschäftsbereich ein_e Hauptverantwortliche_n für die Koordinierung ernannt werden und in die Diskussion mit eingebunden werden.

Federführend soll der Fachbereich Schule und Sport sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

zu 7.2 **Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014**

Vorlage: 12/SVV/0732

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

- Wiedervorlage vom 29.11.2012 -

Herr Lenz verweist auf die Handlungsschwerpunkte, die den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie betreffen und erklärt diese.

Herr Dalichow fragt, welche Folgen die Herabsetzung der Zahlen der Hilfen zur Erziehung im stationären Bereich hat.

Herr Lenz erklärt, dass die ambulanten Hilfen zur Erziehung so auszubauen sind, dass die Zahl der kostenintensiven stationären Hilfen zurückgehen kann.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass z.B. auch die Zeit des Aufenthalts in stationären Einrichtungen zu verkürzen ist, wenn dies verantwortet werden kann. Die stationären Hilfen, die erforderlich sind, sollen selbstverständlich gewährt werden. Es muss aber auch geprüft werden, wie durch flexible ambulante Hilfen die Zahl der stationären Hilfen ersetzt werden kann. Dies ist lediglich eine Ziel-

stellung und entspricht dem Standard „ambulant vor stationär“.

Herr Ströber fragt, ob diese Vorgabe der gegenwärtigen Rückläufigkeit der Fallzahlen entspricht.

Frau Müller-Preinesberger antwortet darauf, dass dies der Rückläufigkeit der Zahlen seit 2010 entspricht. Es wird nicht unter die Zahl der vergangenen Jahre zurückgegangen. Ziel ist es, möglich frühzeitig Krisen festzustellen und diese zu vermeiden. Die benannten Zahlen sind durchaus fachlich zu vertreten.

Herr Liebe weist darauf hin, dass der Ausbau der Tagespflegeplätze ein hoher Anspruch ist.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass sich die Kosten bei Tagespflege und Betreuung in einer Kindertagesstätte nur sehr gering unterscheiden. Die Tagespflege wird von Eltern stark nachgefragt und ist individueller.

Herr Weber betont, dass für die Tagespflege die Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Anschließend geht Herr Lentz auf den Bericht zum 17-Punkte-Paket und die darin enthaltenen Handlungsansätze ein. Ein grundsätzlicher Schwerpunkt für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ist die Überarbeitung der Elternbeitragsordnung.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass dies nicht dazu führen soll die unteren Einkommensgruppen mit höheren Kosten zu belasten. Es wird geprüft, wie die unteren Einkommensgruppen zu Lasten derer entlastet werden können, die in den sehr hohen Einkommensgruppen sind. Hier soll nach dem Solidaritätsprinzip nach einer gerechteren Verteilung gesucht werden.

Herr Otto bittet darauf zu achten, dass dadurch nicht noch mehr „Nobelkitas“ errichtet werden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass mit der neuen Elternbeitragsordnung nicht mehr eingenommen werden soll, als ein Kita-Platz kostet. Es soll lediglich eine gerechtere Verteilung der Kosten erfolgen.

Herr Liebe weist darauf hin, dass es eine Gerechtigkeitslücke gibt. Selbständige können Betriebskosten derart abrechnen, dass diese mitunter weniger bezahlen, als jemand mit relativ geringem Einkommen. Es sollte darauf geachtet werden, dass hier eine gerechte Elternbeitragsordnung erarbeitet wird.

Herr Lentz erklärt abschließend die Darstellung der Eäterhöhung des Haushaltes 2013 zum Eckwert 2013 und weist darauf hin, dass hier dargestellt ist, welche Ausgaben eingeplant sind. Dies ist mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie abgestimmt. Die Aufgaben sind mit den im Haushaltsplan veranschlagten Mittel zu erfüllen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Eckwertebeschluss für den Teil des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Sie bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 1

zu 7.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche

Vorlage: 12/SVV/0759

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 2: Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten

Vorlage: 12/SVV/0760

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 3: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Vorlage: 12/SVV/0761

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 4: Stromsparen durch Umrüsten auf LED

Vorlage: 12/SVV/0762

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 5: Erhöhung der Hundesteuer

Vorlage: 12/SVV/0763

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 6: Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen

Vorlage: 12/SVV/0764

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Dr. Müller teilt mit, dass sich der Ausschuss für Bildung und Sport bereits mit dem vorliegenden Antrag befasst und diesen für erledigt erklärt hat.

Herr Otto äußert die Hoffnung, dass nach der Bundestagswahl die Rahmenbedingungen günstiger werden.

Herr Ströber macht deutlich, dass der vorliegende Antrag aufgrund des bereits gefassten Beschlusses abgelehnt werden müsste. Es sollte in den nächsten zwei Jahren eine fachliche Prüfung erfolgen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, sich darauf zu verständigen, dass sich der Antrag bereits in Umsetzung befindet aufgrund des Antrags 11/SVV/0122, der durch den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Bildung und Sport in geänderter Fassung zum Beschluss durch die StVV empfohlen wird.

Dem Verfahrensvorschlag der Ausschussvorsitzenden wird zugestimmt. Der Antrag befindet sich aus Sicht des Jugendhilfeausschusses mit Beschluss der DS 11/SVV/0122 in Umsetzung.

Herr Ströber bittet darum, dass der ursprüngliche Antrag sowie der Wortlaut der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses allen JHA-Mitgliedern zugesandt werden.

Dies wird durch die Verwaltung zugesagt.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung darüber, dass sich der Antrag 12/SVV/0764 in Umsetzung befindet, wenn der Antrag 11/SVV/0122 in der vom Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Bildung und Sport geänderten Fassung am 30.01.2013 durch die StVV beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 1

**zu 7.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 7: Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung
Vorlage: 12/SVV/0765**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 8: Krippen- und Kita-Gebühren senken
Vorlage: 12/SVV/0766**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass der Antrag in der vorliegenden Fassung abgelehnt werden sollte, da die Landeshauptstadt jährlich erhebliche finanzielle Mittel zur Finanzierung der Kindertagesstätten aufbringt. Nur ein Teil der Kosten wird über die Elternbeiträge kompensiert.

Sie spricht sich dafür aus, die Elternbeitragsordnung zu überarbeiten und im Sinne des Solidaritätsprinzips die unteren Einkommensgruppen zu Lasten derer, die in den sehr hohen Einkommensgruppen sind, zu entlasten.

Herr Liebe ergänzt, dass die Forderung des Antrags entgegen der Entwicklung der Kita-Landschaft in Potsdam gerichtet ist.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Bemessung der Krippen- und Kita-Gebühren ist nicht nach dem Bruttogehalt und Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) zu berechnen. Die Kitagebühren sollten gesenkt oder ein kostenfreier Zugang zur Verfügung gestellt werden. Damit soll das Ungleichgewicht zwischen Berlin und Potsdam gemildert und die Stadt dem Motto „kinderfreundliche Stadt“ gerecht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 10

**zu 7.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 9: Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren
Vorlage: 12/SVV/0767**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 10: Hundekot: Beseitigung stärker einfordern, Unterlassung sanktionieren

Vorlage: 12/SVV/0768

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 11: Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (unentgeltlich, ticketfrei)

Vorlage: 12/SVV/0769

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 12: Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen fördern

Vorlage: 12/SVV/0770

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 13: Herstellung der barrierefreien Innenstadt

Vorlage: 12/SVV/0771

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

- zu 7.16 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 14: Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft**
Vorlage: 12/SVV/0772
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.
- zu 7.17 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 15: Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)**
Vorlage: 12/SVV/0773
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.
- zu 7.18 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 16: Babelsberg und im Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten**
Vorlage: 12/SVV/0774
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.
- zu 7.19 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17: Freibad für Potsdams Norden**
Vorlage: 12/SVV/0775
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.
- zu 7.20 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern**
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.
- zu 7.21 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19: Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche)**
Vorlage: 12/SVV/0777
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.22 **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20: Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen**
Vorlage: 12/SVV/0778
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 **Sonstiges**

Nächster Jugendhilfeausschuss: 28. Februar 2013; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Jugendhilfeausschuss

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
44. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
28.02.2013	16:30 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0053

öffentlich

Betreff:
Elterngeld

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 15.01.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

30.01.2013

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, um eine Auszahlung des Elterngeldes innerhalb von maximal vier Wochen zu sichern.

Der Hauptausschuss ist im Februar 2013 über das Ergebnis zu informieren.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Gegenwärtig müssen Eltern etwa zwei Monate auf die Auszahlung von Elterngeld warten. Diese Frist muss deutlich verringert werden. Dafür sind die entsprechenden personellen Voraussetzungen zu schaffen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0030

Betreff:

öffentlich

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 10.01.2013

Eingang 902: 11.01.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.01.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2013.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Für die Wirtschaftsjahre sind folgende Überschüsse geplant:

2013	2014	2015	2016
ca. 76.000 €	ca. 52.000 €	ca. 108.000 €	ca. 146.000 €

Die geplanten Investitionszuschüsse und die Zahlungen der Landeshauptstadt an den KIS für Mieten und Betriebskosten sind mit dem Entwurf der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
1			3		90	mittlere

Begründung:**Grundlagen zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes**

Gemäß § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg - EigV - hat der Eigenbetrieb einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der gemäß § 7 Punkt 3 EigV von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist. Der Wirtschaftsplan besteht gemäß § 14 Abs. 1 EigV aus:

- den Festsetzungen
 - a) des Gesamtbetrages der Erträge und Aufwendungen aus dem Erfolgsplan
 - b) der im Finanzplan enthaltenen Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse jeweils aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanztätigkeit
 - c) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen
 - d) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditermächtigung
- dem Erfolgsplan
- dem Finanzplan

Darüber hinaus enthält der Wirtschaftsplan gemäß § 14 Abs. 2 EigV folgende Anlagen:

- einen Vorbericht
- eine Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken
- eine Stellenübersicht
- eine Übersicht der geplanten Investitionsmaßnahmen
- eine Übersicht über die in Anspruch genommenen Investitionskredite der Vorjahre

Auf dieser Basis wird in der Anlage der Entwurf des Wirtschaftsplanes des KIS für das Wirtschaftsjahr 2013 vorgelegt.

Genehmigungspflichtige Teile des Wirtschaftsplanes

Der Entwurf des Wirtschaftsplans sieht für das Jahr 2013 Kreditaufnahmen i. H. v. 21.026.100 Euro vor. Im Rahmen der Fortführung von Investitionsvorhaben in den Folgejahren sind Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 14.600.000 Euro erforderlich. Gemäß §§ 73 - 74 BbgKVerf ist für die Gesamthöhe der Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen eine kommunalrechtliche Genehmigung erforderlich.

Eckdaten und Schwerpunkte

Es wird auf die Erläuterungen im Vorbericht des Wirtschaftsplanes (Anhang A1) verwiesen.

Anlage:

Wirtschaftsplan 2013



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0043

Betreff:

öffentlich

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 10.01.2013

Eingang 902: 11.01.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.01.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

gemäß Anlage

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Begründung:

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 hat der Kämmerer den Entwurf einer Haushaltssatzung für zwei Jahre (**Doppelhaushalt**) aufgestellt. Gemäß § 65 Abs. 3 BbgKVerf i. V. m. § 11 KomHKV enthält die Haushaltssatzung Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt. Im Haushaltsplan werden die Ansätze für Erträge, Einzahlungen, Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für jedes der beiden Haushaltsjahre getrennt veranschlagt. Der Zeitraum für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung umfasst die Jahre 2015 bis 2017.

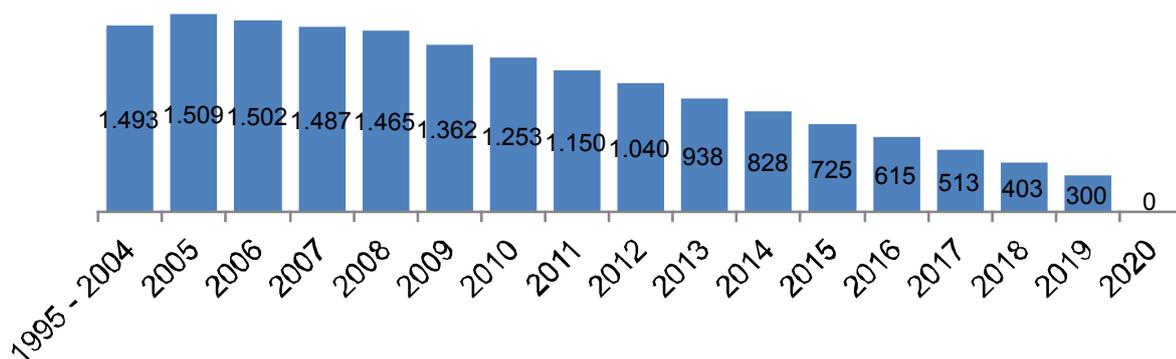
Der Oberbürgermeister hat den Entwurf der Haushaltssatzung festgestellt und leitet diesen nunmehr an die Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung weiter.

Die Aufstellung des Haushaltsentwurfes erfolgte unter besonderer Berücksichtigung der folgenden Rahmenbedingungen:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich als wachsende Stadt besonderen Herausforderungen zu stellen. Der überdurchschnittliche Bevölkerungszuwachs erfordert nicht nur zusätzlichen Wohnraum, sondern auch die Schaffung einer entsprechenden technischen und sozialen Infrastruktur. Somit ergibt sich aktuell und auch zukünftig ein **verstärkter Investitionsbedarf**.

Durch das Auslaufen des Solidarpaktes II bis zum Jahr 2019 ergeben sich wiederum erhebliche **Einbußen bei den investiven Schlüsselzuweisungen**.

SoBez-II-Zahlungen an das Land Brandenburg (in Mio. €)



Ohne einen Ausgleich führen die daraus resultierenden Mindereinzahlungen im investiven Bereich des Finanzhaushaltes zu einer deutlichen Einschränkung in der Investitionstätigkeit. In den Haushaltsjahren 2013 - 2015 werden die Auswirkungen bereits deutlich.

In diesem Zeitraum fehlen insgesamt fast 14,0 Mio. EUR auf der Einzahlungsseite. Da die Erwirtschaftung eines zahlungswirksamen Überschusses aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in diesen Jahren noch nicht erreicht werden kann, wurde das Investitionsprogramm einer kritischen Überprüfung unterzogen. Die Verschiebung und Streckung von Maßnahmen, aber auch ein Maßnahmenverzicht waren notwendig, um die Veranschlagung zusätzlicher genehmigungspflichtiger Kreditaufnahmen zu vermeiden.

Davon ausgehend, dass die investiven Schlüsselzuweisungen immer weiter sinken werden, kann nur durch einen „**investitionsorientierten Haushalt**“ gewährleistet werden, dass die Investitionstätigkeit der Landeshauptstadt Potsdam mit den wachsenden Anforderungen Schritt halten kann. Zielstellung der Beschlussvorlage zum Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014 war es daher, im Haushaltsjahr 2015 den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt zu erreichen und ab dem Haushaltsjahr 2016 zahlungswirksame Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften, um den investiven Bereich zu unterstützen. Es geht darum, zahlungswirksame Überschüsse zu erwirtschaften, um **aus eigener Kraft** investieren zu können.

Bei erfolgreicher Umsetzung der Zielvorgaben des Eckwertebeschlusses wäre, unter Berücksichtigung der derzeitigen Erkenntnisse zu den noch ausstehenden Jahresabschlüssen und der Prognose zum Haushaltsvollzug im Haushaltsjahr 2012, ein investitionsorientierter Haushalt im angestrebten Zeitraum erreichbar.

in Mio. EUR

Rücklagenentwicklung	JA 2007	JA 2008	JA 2009	Prognose 11/2012			Planung mit Zielvorgaben		
				2010	2011	2012	2013	2014	2015
Überschuss / Fehlbetrag	4,2	26,5	1,5	-8,0	-13,6	10,0	-11,3	-4,9	
Rücklage / Verlustvortrag aus Vorjahr		4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	9,3	4,4
Ergebnis mit Rücklage / Vortrag	4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	9,3	4,4	4,4

Der tatsächliche Planungsstand weicht jedoch noch im erheblichen Maße von den Eckwertvorgaben ab. Der vorliegende Haushaltsentwurf 2013/2014 weist im **Ergebnishaushalt** folgende Fehlbedarfe aus:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Fehlbedarf	-3,3	-12,4	-10,5	-7,3	-8,1

Aus der angepassten Ergebnisvorausschau leitet sich somit folgendes Bild ab:

in Mio. EUR

Rücklagenentwicklung	JA 2007	JA 2008	JA 2009	Prognose 11/2012			Stand Planentwurf 09.01.2013 einschließlich Effekt Schlüsselzuweisung				
				2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Überschuss / Fehlbetrag	4,2	26,5	1,5	-8,0	-13,6	10,0	-3,3	-12,4	-10,5	-7,3	-8,1
Rücklage / Verlustvortrag aus Vorjahr		4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	17,3	4,9	-5,6	-12,9
Ergebnis mit Rücklage / Vortrag	4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	17,3	4,9	-5,6	-12,9	-21,0

Die geplanten Fehlbedarfe für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 können voraussichtlich durch Rücklagen aus den Überschüssen der Vorjahre kompensiert werden. Der vorliegende Haushaltsentwurf weist aber für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017 weiterhin Fehlbedarfe aus. Die Überschussrücklage reicht nicht aus, um diese Fehlbedarfe zu decken. Zum Ende des Jahres 2017 ist mit einem kumulierten Fehlbedarf in Höhe von -21,0 Mio. EUR zu rechnen. Damit ist die Voraussetzung für das Erreichen eines investitionsorientierten Haushaltes nicht erreicht.

Es besteht weiterhin **erheblicher Handlungs- und Steuerungsbedarf** zur Erreichung des Haushaltsausgleiches ab 2015.

Im Finanzhaushalt weist der Haushaltsentwurf insgesamt folgende Entwicklungen in den Salden und im Zahlungsmittelbestand aus:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-3,4	-3,5	-0,4	4,2	4,6
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1,7	0	0	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-2,3	-4,0	-3,3	-3,4	-3,8
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	-7,4	-7,5	-3,7	0,8	0,8

Die Zielstellung der Eckwerte für den Doppelhaushalt 2013/2014, ab dem Haushaltsjahr 2016 zahlungswirksame Überschüsse in der Höhe zu erzielen, dass der investive Bereich gestützt werden kann, wird noch nicht erreicht. Der Saldo des Haushaltsjahres 2016 in der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 4,2 Mio. EUR reicht zunächst aus, um den Saldo der Finanzierungstätigkeit (=Schuldendienst) zu decken.

Der **Investitionshaushalt** umfasst folgendes Volumen:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	44,9	30,8	26,7	21,5	25,2

Einzahlungen aus den investiven Schlüsselzuweisungen und aus Grundstücksverkäufen sind wie folgt vorgesehen:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Einzahlungen invest. Schlüsselzuweisung	13,2	11,7	10,2	8,7	7,1
Einzahlungen aus Grundstücksveräußerungen	2,4	3,5	2,9	0,9	5,9

Zur anteiligen Finanzierung ist darüber hinaus in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 eine Kreditaufnahme i.H.v. 1,7 Mio. EUR vorgesehen.

Anlagen:

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014

Ergebnishaushalt und mittelfristige Ergebnisplanung
Finanzhaushalt und mittelfristige Finanzplanung



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0045

Betreff:
Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 10.01.2013

Eingang 902: 11.01.2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

30.01.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Das „Zukunftsprogramm 2017“ wird begleitend zum Haushaltsplan 2013/2014 vorgelegt. Mit den darin enthaltenen Maßnahmen soll es der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ermöglicht werden, im Finanzplanungszeitraum die Basis für einen investitionsorientierten Haushalt zu schaffen.

Der Haushaltsentwurf der LHP 2013/2014 weist für 2013 einen Fehlbedarf von 3.267.400 EUR und für 2014 einen Fehlbedarf von 12.445.400 EUR aus. Für den Ausgleich der Fehlbedarfe können nach § 63 Abs. 5 BbgKVerf i.V.m. § 26 Abs. 2 KomHKV Rücklagemittel verwendet werden. Aufgrund der Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2007 bis 2009 und der aktuellen Ergebnisprognose für 2012 konnten bzw. können ausreichend Rücklagen gebildet und für den Haushaltsausgleich in 2013 und 2014 herangezogen werden.

Damit entfällt für die LHP die formelle Pflicht, für die Haushaltsjahre 2013/2014 ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 63 Absatz 4 BbgKVerf aufzustellen. Gleichwohl wird von der Kommunalaufsicht verlangt, dass der bisherige Konsolidierungskurs beibehalten wird. Die Genehmigung des Haushaltes 2012 enthält die Auflage, den Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses spätestens im Jahr 2016 zu erreichen.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Volumen der Maßnahmen bis 2017

die im Haushalt enthalten sind und sich bereits konsolidierend auswirken: 40.967.709 EUR
aus dem 17-Punkte-Paket, die noch nicht im Haushalt enthalten sind: 16.449.200 EUR.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Durch den Haushaltsausgleich über Rücklagemittel wird eine strukturelle Verbesserung des Haushaltes und eine Veränderung hin zu einem investitionsorientierten Haushalt der LHP noch nicht erreicht.

Aufgrund der in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Fehlbedarfe und in Anbetracht der Herausforderungen der weiter wachsenden Stadt muss die LHP Maßnahmen ergreifen, um künftige Fehlbedarfe zu vermeiden und Überschüsse zu erwirtschaften. Dazu legt die LHP mit dem Haushaltsentwurf 2013/2014 das „Zukunftsprogramm 2017“ vor, in dem Ansätze und Wege zur Erreichung eines Haushaltsausgleichs und eines investitionsorientierten Haushalts aufgezeigt werden. Das Zukunftsprogramm umfasst sowohl die Maßnahmen, die im Haushalt bereits enthalten sind und sich bereits konsolidierend auswirken, als auch die Maßnahmen aus dem 17-Punkte-Paket, die zukünftig eine konsolidierende Wirkung - nach entsprechender Beschlussfassung - entfalten können.

Anlage:

Zukunftsprogramm 2017